

S t a d t H a a n
Niederschrift über die
7. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses der Stadt Haan
am Dienstag, dem 28.04.2015 um 17:00 Uhr
im Sitzungssaal der Stadt Haan

Beginn:
17:00

Ende:
21:19

Vorsitz

Bürgermeister Knut vom Bovert

CDU-Fraktion

Stv. Udo Greeff

Stv. Gerd Holberg

Stv. Jens Lemke

Stv. Klaus Mentrop

Stv. Monika Morwind

Stv. Rainer Wetterau

Vertretung für Stv. Harald Giebels

SPD-Fraktion

Stv. Walter Drennhaus

Stv. Juliane Eichler

Stv. Uwe Elker

Stv. Marion Klaus

Stv. Bernd Stracke

WLH-Fraktion

Stv. Meike Lukat

Stv. Peter Schniewind

GAL-Fraktion

Stv. Petra Lerch

Stv. Jochen Sack

FDP-Fraktion

Stv. Michael Ruppert

AfD-Fraktion

Stv. Ulrich Schwierzke

Schriftführer

VA Fabian Beyer

Verwaltung

1. Beigeordnete/r Dagmar Formella

Beigeordnete/r Engin Alparslan

StVR Gerhard Titzer

TA Ute Eden
StORR Michael Rennert
StAR Bernd Küper
StOVR Günter Opfer
GSB Marion Plähn

Personalrat

Herr Carsten Butz

Gäste

Stv. Robert Abel
AM Ulrich Klaus
Stv. Annegret Wahlers

Der Vorsitzende Knut vom Bover eröffnet um 17:00 Uhr die 7. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses der Stadt Haan. Er begrüßt alle Anwesenden - insbesondere die Einwohner - und stellt fest, dass ordnungsgemäß zu der Sitzung eingeladen wurde. Er stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Zur Tagesordnung öffentliche Sitzung

Bgm. vom Bover erklärt die Anlage 1a der Vorlage 20/007/2015/2 die ausweise, dass der Haushaltsausgleich im Jahr 2020 nach den letzten Beschlüssen des HFA aktuell nicht mehr erreicht werde. Zudem stünden noch Beschlüsse aus, die dieses Defizit vergrößern könnten.

Er erkennt Einvernehmen darin, den TOP 9 dem TOP 1 in der Beratungsfolge voranzustellen.

Öffentliche Sitzung

- 1./ Anfrage der Fraktion WLH vom 19.04.2015**
hier: Personalressource im Gebäudemanagement
Vorlage: 65/014/2015
-

Protokoll:

Nach einer eröffnenden kurzen Erläuterung der Vorlage durch Bgo. Alparslan, bittet **Stv. Lukat** seitens der WLH-Fraktion um Beantwortung der zu diesem TOP anhängigen Fragen der WLH. Sie betont, die WLH könne sich heute im Sinne einer Priorisierung der Projekte des Gebäudemanagements festlegen.

TA Eden erläutert den Projektplan des Amtes 65 und berichtet über die Kündigung eines Mitarbeiters, welche die Arbeitssituation weiter verschärfe.

Stv. Stracke moniert für die SPD-Fraktion, dass die Vorlage keine Kosten beziffere, was die Beurteilung für die Politik erschwere. Er sieht die Gefahr, dass die Stellen aufgrund des herrschenden Fachkräftemangels gar nicht adäquat besetzt werden könnten und empfiehlt ein Umdenken der Verwaltung in Richtung alternativer Arbeitsorganisation.

StVR Titzer erklärt, diese befristeten Stellen mit EG 11 ausschreiben zu wollen, um die Chance zu erhöhen, ausreichend qualifizierte Bewerber rekrutieren zu können. Nach TVöD sei hier nur EG 10 vorgesehen. Den diesjährigen Haushalt belaste diese Maßnahme mit einem Betrag in Höhe von 31.000 €, die kompletten 2 Jahre schlugen mit 157.452,48 € zu Buche.

Bgo. Alparslan macht deutlich, dieses Personal zu brauchen, um alle vorgesehenen Projekte durchführen zu können.

Stv. Lemke sorgt sich seitens der CDU-Fraktion darum, dass die Amtsleitung der Arbeitsdichte unter diesen personellen Voraussetzungen nur schwer in den Griff bekomme und fragt, ob so überhaupt noch verantwortungsvolles Arbeiten möglich sei.

TA Eden führt aus, das Amt 65 habe durch die Einführung neuer Vergabeverfahren bereits eine Umorganisation der Arbeitsprozesse in Gang gesetzt. Derzeit sei ein Arbeitsbestand wie schon seit Jahren nicht mehr anhängig. Die einzelnen Projekte müssten eigentlich nacheinander und nicht gleichzeitig abgearbeitet werden.

Stv. Lukat möchte die Ziffer 1 des Beschlussvorschlages heute abstimmen, um das Gebäudemanagement leistungsfähig zu halten. Zur Ziffer 2 schlage die WLH vor, die Nr. 13 und 15 sowie die Nr. 14 und 17 des Projektplanes miteinander zu tauschen.

Stv. Lemke äußert weiterhin die Besorgnis, dass eine Prioritätenfestlegung durch die Politik nicht den tatsächlichen Arbeitswirklichkeiten des Amtes 65 entspreche.

TA Eden bittet denn auch, die Prioritätenfestlegung der Politik zunächst prüfen zu dürfen, um die Auswirkungen auf jeden einzelnen Mitarbeiter des Amtes 65 einschätzen zu können.

Stv. Stracke regt eine interfraktionelle Einigung über die Prioritätenfestlegung an, die eine Vertagung der Beschlussfassung über die Ziffer 2 nötig mache.

Stv. Sack betont für die GAL-Fraktion, man erkenne die Erforderlichkeit weiterer befristeter Personalressourcen für Amt 65 an. Es dürften keine bereits lange verabschiedeten Projekte auf die lange Bank geschoben werden.

Stv. Lukat gibt noch zu bedenken, ob die Ausschreibung mit EG 11 nicht die Homogenität innerhalb des Amtes gefährde.

Für seinen Vorschlag, sich mit der Beschlussziffer 2 erst nach den Haushaltsberatungen zu beschäftigen, findet **Bgm. vom Bover** das Einvernehmen des Ausschusses.

Beschluss:

1. Im Interesse einer schnellstmöglichen Bearbeitung zusätzlich vom Rat beschlossener Bauprojekte sind im Stellenplan 2015 für das Gebäudemanagement 1,5 zusätzliche Stellen (befristet für 2 Jahre) für Projekt Ingenieure einzurichten und umgehend nach Genehmigung des Haushaltes 2015 durch den Landrat zu besetzen.

Abstimmungsergebnis:

zu 1.) 12 Ja- und 6 Nein-Stimmen

**2./ Offener Ganzttag an der Grundschule Unterhaan
Antrag der Privaten Kindergruppe auf Zahlung eines Zuschusses für die
Freistellung der Leitung
Vorlage: 51/029/2014**

Protokoll:

1.Bgo. Formella berichtet über ein Gespräch mit dem Vorstand der Privaten Kindergruppe. Gegenüber anderen Trägern gebe es eine klare Unterschiedlichkeit hinsichtlich der Verwaltungsstruktur. Wenn dem Antrag nicht entsprochen werde, seien Einschnitte im kommenden Schuljahr bzgl. Personal und OGS- Angeboten für die Kinder zu befürchten.

Stv. Sack erklärt für die GAL-Fraktion, die Bewilligung der beantragten Mittel zu befürworten. Es müsse für eine Kontinuität in der qualitativ guten Arbeit in Unterhaan gesorgt werden.

Während auch CDU- und SPD-Fraktion ihre Zustimmung signalisieren, möchte die WLH-Fraktion die Gleichbehandlung aller Träger gewährleisten. **Stv. Lukat** bezweifelt, dass sich der Rat schon heute auf eine Förderung für 6 Jahre festlegen müsse und beantragt, sich zunächst nur für das laufende Haushaltsjahr auf diese Förderung zu einigen und eine weitere Festlegung im Fachausschuss zu beraten.

Bgm. vom Bovert mahnt die Gegenfinanzierung angesichts der Haushaltslage an.

Beschluss:

1. Die Stadt Haan übernimmt auch weiterhin die finanzielle Entlastung in Höhe von 16.800 EUR für die Freistellung der OGS-Leitung Grundschule Unterhaan für das Haushaltsjahr 2015.

2. Die Stadt Haan übernimmt auch weiterhin die finanzielle Entlastung in Höhe von 16.800 EUR für die Freistellung der OGS-Leitung Grundschule Unterhaan für die Haushaltsjahre 2016-2020 zwecks Erreichung einer Planungssicherheit für den Träger.

Abstimmungsergebnis:

zu 1.) einstimmig

zu 2.) 14 Ja-Stimmen bei 4 Enthaltungen

3./ Beratung des Haushaltes 2015, des Stellenplanes 2015 und des Haushaltssicherungskonzepts bis 2020 für den Bereich des Jugendamtes Vorlage: 51/046/2015

Protokoll:

1.Bgo. Formella informiert, die Beschlüsse des JHA u.a. zum Neubau der KiTa Bachstraße, zu den Elternbeiträgen seien bereits in die Vorlage 20/007/2015/2 eingeflossen.

Der Antrag der Neander Diakonie sei seitens des JHA mit wohlwollender Prüfung an den HFA weitergegeben worden. Bei der KiTa-Defizitabdeckung seien die Anträge der Privaten Kindergruppe und Waldorf besonders diskutiert worden.

Stv. Sack erklärt, die in Rede stehenden Einrichtungen dürften auf keinen Fall wegbrechen. Dort verzeichne man ein kontinuierliches anwachsendes Finanzierungsproblem.

1.Bgo. Formella beziffert eine Gesamtsumme für das aktuelle Haushaltsjahr derzeit in Höhe von 438.000 € zur Defizitabdeckung. Dies entspräche einer jährlichen Mehrbelastung in den Folgejahren von Höhe von 310.000 €.

Stv. Wetterau mahnt, nicht alle Wunschvorstellungen der Träger erfüllen zu müssen und regt die Ansetzung eines Teilbetrages an.

1.Bgo. Formella, zur tatsächlichen Auskömmlichkeit niedriger Beträge befragt, erläutert, dass die Darlegungen der Träger sachlich nachvollziehbar seien und auf Seite 9 der Vorlage seitens der Verwaltung Steuerungsmaßnahmen vorgeschlagen würden. Sie gebe aber zu bedenken, dass die laufenden Tarifverhandlungen ein weiteres Loch reißen könnten. Es handele sich zwar um eine freiwillige Leistung, doch wenn die Träger kein Geld erhielten, könnte diese ihre Einrichtung auch schließen.

Stv. Ruppert ist der Auffassung, die KiTas zählten zu den positiven soft-skills einer Gemeinde. Bund und Länder hätten den Kommunen eine unzureichende Finanzierung hinterlassen. Der Beschluss des HFA zur Reduzierung der Elternbeiträge passe nicht dazu.

Stv. Sack legt dar, dass auch die Trägerstruktur die finanzielle Schieflage begünstige.

Stv. Wetterau bekräftigt, bei den Trägern müsse sich etwas in der Struktur ändern, dauerhaft seien solche Beträge nicht zu schultern. Er möchte nicht den gesamten Betrag in den diesjährigen Haushaltsplan aufnehmen und argumentiert mit der Option eines Nachtragshaushaltes.

Stv. M. Klaus möchte wissen, ob der Stadt seitens der Träger nachgewiesen werde, aufgrund welcher Tatsachen sich die unterschiedliche Höhe der Defizitbeträge ergebe.

Die CDU-Fraktion betont, ihre Bedenken stellten kein Misstrauen gegenüber den Trägern dar, man sehe allein haushaltsrechtliche Risiken. Man melde Beratungsbedarf an.

Stv. Ruppert möchte die Genehmigung des Haushalts bzw. des Haushaltssicherungskonzeptes durch den Landrat nicht gefährden, einen Teilbetrag etatisieren und evtl. über einen Nachtragshaushalt arbeiten.

1.Bgo. Formella macht deutlich, auch der jährliche städtische Zuschuss an die NeanderDiakonie sei eine freiwillige Leistung.

Der HFA empfiehlt mit 11 Ja- und 1 Nein-Stimme bei 6 Enthaltungen: „Die NeanderDiakonie erhält für 2015 einen Zuschuss in Höhe von 3.500 €.“

Beschluss:

Aufgrund des verschiedentlich noch bestehenden Beratungsbedarfes wird die weitere Beratung in der kommenden Sitzung des HFA am 05.05.2015 geleistet.

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

4./ Haushalt 2015 / Beratung des Stellenplanes: Antrag der SPD-Ratsfraktion vom 27.03.2015

Protokoll:

Bgm. vom Bover eröffnet mit der Bemerkung, die äußerst heikle Personalsituation der Verwaltung sei nicht zuletzt in der heutigen Sitzung mehrfach angeklungen. Er bitte darum, die Verwaltung in ihrer Arbeitskraft nicht durch derartige Beschlüsse weiter einzuschränken.

VA Butz erläutert die vorliegende Stellungnahme des Personalrates.

Stv. Stracke erläutert den Antrag der SPD-Fraktion und führt aus, dass die Verwaltung schon seit 10 Jahren keinen Veränderungswillen zeige, indem man dem Rat ein diskussionsreifes Personal- und Organisationsentwicklungskonzept vorlege. Auch im Personalkostenbereich müsse ein Beitrag zur Haushaltskonsolidierung geleistet werden. Ziel des Antrags sei es, die Personalkosten nicht noch weiter zu erhöhen und Organisationsabläufe innerhalb der Verwaltung zu ändern.

Stv. Lukat ist für die WLH-Fraktion der Meinung, derartig pauschalen Anträgen nicht zustimmen zu können, es müsse immer der Einzelfall betrachtet werden. Sie bitte die Verwaltung die Stellschrauben z.B. für die Bereitschaftsdienste zu liefern.

Stv. Stracke entgegnet, es könne nicht Aufgabe der Politik sein, einzelne Stellen zu beurteilen. Der Verwaltung solle in einem abgesteckten Rahmen freie Hand beim Sparen gegeben werden.

Stv. Wetterau erklärt für die CDU-Fraktion, an den Zulagen nicht rütteln zu wollen. Besondere Leistungen sollten auch weiterhin honoriert werden. Ansonsten könne man diesem Antrag zustimmen.

Stv. Ruppert bittet um getrennte Abstimmung der Antragsziffern.

Stv. Wetterau beantragt für die CDU-Fraktion eine Änderung der Ziffer 1 dergestalt, dass der letzte Satz dieser Ziffer gestrichen wird.

Bgm. vom Bover weist vorsorglich darauf hin, dass ein Beschluss der Ziffer 2 bedeute, dass sämtliche Beförderungen im Jahr 2015 ausgesetzt würden. Weiterhin stellt er fest, dass sich die ursprüngliche Ziffer 3 des Antrages mit der Empfehlung zum Brandschutzbedarfsplan bereits erledigt habe.

Beschluss:

1. Auf der Basis des im Haushaltsplan 2015 ausgewiesenen Personalkostenansatzes werden für die Jahre 2016 bis 2020 nur die gesetzlichen und tariflichen Steigerungen eingeplant. Die Einrichtung von neuen Planstellen ist ab dem Haushaltsjahr 2015 nur in begründeten Ausnahmefällen mit Zustimmung des Rates zulässig. Überstunden sind ab dem Haushaltsjahr 2015 nur gegen Freizeitausgleich zu genehmigen. Ausnahmen im Bereich des Brandschutzes können zugelassen werden.
2. Vor dem Hintergrund einer sparsamen Haushaltsführung wird nur der gesetzlich vorgeschriebenen Beförderung des Bürgermeisters zugestimmt.
3. Ebenso wird die Wiederbesetzung des Leiters des Amtes 20 genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

- zu 1.) 13 Ja- und 4 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung
- zu 2.) 8 Ja- und 3 Nein-Stimmen bei 7 Enthaltungen
- zu 3.) einstimmig

5./ Ausbildung in Teilzeit **Vorlage: 10/036/2015**

Protokoll:

Stv. Lukat erklärt die Ablehnung der WLH-Fraktion. Stellenpläne müssten nach den zu erledigenden Aufgaben und nicht an Menschen ausgerichtet werden. Nur die Orientierung an sachlichen Gesichtspunkten führe zum Ziel.

StVR Titzer betont, es handele sich um keine neue Stelle, sondern einen Ausbildungsplatz ohne Übernahmegarantie. Die Stadt wolle hier ihrer sozialen Verantwortung gerecht werden und eine Alleinerziehende in den Arbeitsmarkt integrieren. Mit einer Teilzeitausbildung habe man in der Vergangenheit gute Erfahrungen gemacht und habe hierfür eine Auszeichnung des Kreises erhalten. Hinzu komme eine hohe Fluktuation beim städtischen Personal in den nächsten Jahren. Die junge Frau falle der Stadt möglicherweise mehr zu Lasten, wenn sie nicht in den Arbeitsmarkt integriert werden könne.

Beschluss:

Es wird eine Ausbildungsstelle in Teilzeit zur Verwaltungsfachangestellten im Stellenplan 2015 aufgenommen.

Abstimmungsergebnis:

16 Ja- und 1 Nein-Stimme bei 1 Enthaltung

9./ Stellenplan der Stadt Haan für das Jahr 2015 **Vorlage: 10/034/2015**

Protokoll:

Bgm. vom Bovert stellt fest, über den Stellenplan könne insoweit nicht abgestimmt werden, als noch nicht endgültig über den Etat des Jugendamtes befunden worden sei. Daher schlage er eine Vertagung der Beratung in den kommenden HFA am 05.05.2015 vor.

Hierzu besteht Einvernehmen.

**10./ Beratung und Beschluss des Entwurfes der Haushaltssatzung 2015 -
Haushaltssicherungskonzept 2010 ff. (Fortschreibung), Hebesatz-Satzung
2015, Haushaltssatzung 2015
Vorlage: 20/007/2015**

Protokoll:

1.Bgo. Formella erklärt, die Verwaltung habe eine Anfrage der FDP-Fraktion erhalten, deren schriftliche Beantwortung für die heutige Sitzung noch nicht vorliege. Eine mündliche Beantwortung sei aber möglich.

Bgm. vom Boverl empfiehlt die schriftliche Antwort zum FDP-Antrag abzuwarten und die Thematik in den kommenden Rat zu vertagen.

Stv. Stracke schlägt nicht zuletzt auch angesichts der fortgeschrittenen Zeit vor, in der kommenden Woche (05.05.) statt des vorgesehenen Rates eine weitere HFA-Sitzung durchzuführen und in der darauf folgenden Woche (12.05.) die Ratssitzung neu zu terminieren.

Hierzu besteht Einvernehmen.

Stv. Lemke kündigt einen Antrag der CDU-Fraktion zum kommenden neuen HFA (05.05.) an, der einige Punkte des Investitionsprogramms und der Ermächtigungsübertragungen thematisiere. So seien für die Baumaßnahme Turnstr. im nächsten Jahr allenfalls Planungskosten einzustellen, die Maßnahme Königstr. sei längst abgeschlossen und sei dennoch aufgeführt.

Beschluss:

Die weitere Beratung wird in den kommenden Sitzungen des HFA (05.05.2015) und des Rates (12.05.) geleistet.

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

**11./ Hebesatz-Satzung für das Haushaltsjahr 2015
Vorlage: 20/008/2015**

Beschluss:

Die weitere Beratung wird in den kommenden Sitzungen des HFA (05.05.2015) und des Rates (12.05.) geleistet.

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

**12./ Änderung der Zuständigkeitsordnung des Rates der Stadt Haan
Vorlage: 10/040/2015**

Beschluss:

Die weitere Beratung wird in den kommenden Sitzungen des HFA (05.05.2015) und des Rates (12.05.) geleistet.

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

13./ Beantwortung von Anfragen

14./ Mitteilungen
